

Stellungnahme

KINDER UND JUGENDLICHE IN DEN FOKUS RÜCKEN, STATT AN IHNEN ZU SPAREN!



Es gibt einen (kollektiven) Rechtsanspruch auf Kinder- und Jugendarbeit

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) ist mit ca. 13.000 Einrichtungen und ca. 30.000 Mitarbeitenden bundesweit eines der größten Felder der Kinder- und Jugendhilfe (lt. Jugendhilfestatistik 2022). Hinzu kommen zusätzlich ca. 200.000 freiwillig Engagierte bundesweit (lt. Hochrechnung DJI-Jugendzentrumsbefragung). Jährlich werden bundesweit viele Millionen junge Menschen durch die Angebote der Jugendarbeit erreicht (lt. statistischen Bundesamt 8,5 Mio in 2017).

Für die Kinder- und Jugendarbeit gelten uneingeschränkt rechtliche Grundlagen:

- 1) Der öffentliche Jugendhilfeträger (Jugendamt) hat eine **„Bereitstellungsverpflichtung“** von Angeboten der Jugendarbeit:
 - Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung **erforderlichen** Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen (§11 Abs. 1 SGB VIII).
 - Von den für die Jugendhilfe bereitgestellten Mitteln haben sie (öffentliche Jugendhilfeträger) einen **angemessenen** Anteil für die Jugendarbeit zu verwenden (§79 Abs. 2 SGB VIII).
- 2) Ebenso gilt auch für Angebote der Jugendarbeit die Pflicht zur Jugendhilfeplanung und Bedarfserhebung, um auf kommunaler Ebene zu ermitteln, was erforderlich bzw. angemessen ist (§80 SGB VIII).
- 3) Die Zusammenarbeit der öffentlichen Jugendhilfe mit der freien Jugendhilfe und der Vorrang für Angebote freier Träger zur Bedarfsdeckung (lt. Subsidiaritätsprinzip) ist darüber hinaus gesetzlich geregelt und festgeschrieben (§4 SGB VIII).

Das Einfordern eines erforderlichen bzw. angemessenen Angebotsumfangs und damit auch die entsprechende auskömmliche Finanzierung der ermittelten Bedarfe wird dadurch zu einer „jugendpolitischen Herausforderung“, um nicht zuletzt mit dem allgemein gültigen Mythos aufzuräumen „Angebote der OKJA seien beliebige „freiwillige Leistungen“, die auf den Tischen der Verwaltung definiert und beziffert werden können“. Dem ist laut rechtlicher Grundlage nicht so!



Verlässlichkeit und Vertrauen

Als Interessensvertretung der Katholischen Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen ist es unsere Aufgabe die Bedarfe von jungen Menschen, die unsere Einrichtungen besuchen, zu bündeln und auf Landesebene zu vertreten. Ferner gilt unser Engagement den Einrichtungen bzw. deren Trägern und Fachkräften. Wir setzen uns gleichermaßen für die fachliche Weiterentwicklung wie auch die pflichtgemäße finanziell auskömmliche Finanzierung ein.

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit gewährleistet mit ihren Offenen Türen und ihren mobilen Angeboten ein verlässliches Angebot für alle Kinder und Jugendlichen in ihrem jeweiligen Sozialraum. Sie ermöglicht Orte der nonformalen Bildung von Experimentierraum bis zum Schutzraum. Die jeweiligen Inhalte und Themen bestimmen die jungen Menschen im Sinne der Partizipation und einem damit einhergehenden Demokratieverständnis selbst. Damit dies auch zukünftig mit Blick auf die gesellschaftlichen, politischen sowie finanziellen Herausforderungen gelingt, sind wir, die Träger und Fachkräfte und nicht zuletzt auch die jungen Besucher*innen auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit im Sinne des Subsidiaritätsprinzips mit den Kommunen angewiesen.

„Kinder sind unsere Zukunft. Den gut drei Millionen Kindern und Jugendlichen in unserem Land muss unsere besondere Aufmerksamkeit gelten. [...] Kinder brauchen Förderung und Unterstützung, sie brauchen Gleichaltrige und sie brauchen Angebote, Sport, Jugendarbeit, Musikschulen, um ihre Talente und ihre Persönlichkeit entfalten zu können.“ (Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen Hendrik Wüst MdL, 3. November 2021)

Vor dem Hintergrund dieses klaren Bekenntnisses unseres Ministerpräsidenten zur Jugendarbeit erscheint es unbegreiflich und zudem widersprüchlich, dass auf kommunaler Ebene an genau dieser gespart wird. Vielmehr noch: Hier werden erfolgreich aufgebaute Strukturen der Verlässlichkeit innerhalb kürzester Zeit eingespart und brechen dadurch vor Ort für die jungen Menschen weg! Auch auf Bundesebene wird die Notwendigkeit einer Investition in Angeboten im Freizeitbereich sowie die auskömmliche Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit gesehen und thematisiert. (vgl. 17. KiJuBe S. 257, 259)

Kinder und Jugendliche brauchen in immer unsicher werdenden Zeiten sichere Strukturen!

Mit Beginn der Pandemie begann der Krisenmodus für junge Menschen, der bis heute andauert und der Kinder und Jugendliche verunsichert, sie ängstigt und sie an der Demokratie zweifeln lässt, die verantwortlich ist für diese desolante unsichere Lage ist.

So stellt der 17. Kinder- und Jugendbericht des Bundes fest: „Die heutige junge Generation ist die diverseste, die es je gab. Allen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen

gemein ist jedoch das Bedürfnis nach Orientierung und Sicherheit – das ist in der aktuellen dynamischen und unsicheren Zeit besonders wichtig. Die Kernbotschaft des Berichts lautet entsprechend: Zuversicht braucht Vertrauen!“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024), Zuversicht braucht Vertrauen - Die Lage der jungen Generation und die Situation der Kinder- und Jugendhilfe, S. 5)

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit bietet jungen Menschen einen solchen Ort des Vertrauens, einen Ort der Sicherheit und Orientierung. Besonders in Zeiten von Desorientierung, in Zeiten von Deepfake und Fake News, in Zeiten von Kriegen und Vertreibungen, in Zeiten wirtschaftlicher Instabilität und insbesondere in Zeiten politischer Instabilität sind Orte und Menschen, die in einem nonformalen Bildungssetting jungen Menschen Vertrauen und Orientierung bieten, unerlässlich. Denn sie unterstützen ihre Besucher*innen in ihrer Identitätskonstruktion hin zu stabilen Persönlichkeiten.

Wie soll dies gelingen, wenn Angebote der Offenen und der Mobilen Kinder- und Jugendarbeit von kommunaler Seite gestrichen werden, wenn Fachkräfte sich ihres Lebensunterhalts nicht sicher sein können, wenn sie ihren Besucher*innen nicht verlässlich versprechen können, dass sie auch nächsten Monat noch die Türen öffnen oder mit dem mobilen Bus auf den Platz kommen werden? Wie sollen Kinder und Jugendliche Vertrauen in die Fachkräfte und damit in kommunale Strukturen fassen? Wie sollen junge Menschen unter diesen Umständen zu stabilen Persönlichkeiten werden, die in die Strukturen unserer Demokratie vertrauen und sich auf diese verlassen, gar mitgestalten wollen?

Folgen von Unterfinanzierung und dem Wegbrechen von Angeboten

Junge Menschen nehmen sehr wohl wahr, welcher Stellenwert ihnen in unserer Gesellschaft zugestanden wird. Bereits während der Corona-Pandemie wurde der Lebensphase Jugend wenig Wertschätzung entgegengebracht. Jugendliche fühlten sich lediglich in ihrer Rolle der Schüler*innen wahrgenommen. Ihre Bedürfnisse und Empfindungen spielten ihrer Ansicht nach kaum eine Rolle. (vgl. Sabine Andresen, Anna Lips, Renate Möller, Tanja Rusack, Wolfgang Schröer, Severine Thomas, Johanna Wilmes: Kinder-Jugend-Familien während der Coronazeit: JuCo 1, Hildesheim, 2020, S4ff)

Die psychischen Auswirkungen der politischen Entscheidungen der Pandemie werden wir noch lange zu bewältigen haben. Dies wird uns durch die Praxis durchgehend gespiegelt. Die Angebote der Jugendarbeit stellen hier eine verlässliche Größe in der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen dar. Unsere Häuser sind voll. Die Angebote der mobilen Jugendarbeit werden sehr gut angenommen, da sie solche Jugendlichen erreicht, die in der Regel keine anderen Angebote wahrnehmen. Die mobile Jugendarbeit leistet hier einen wichtigen Beitrag als Brückenbauer zwischen den Bedürfnissen unterschiedlicher Menschen im Sozialraum. Anwaltschaftlich setzt sie sich für die Bedarfe der Jugendlichen ein und stellt das vermittelnde Element zu Nachbar*innen und Nutzer*innen des öffentlichen Raumes dar.

Fallen diese Angebote nun weg, fällt auch eine verlässliche Struktur und eine verlässliche Beziehung für die Kinder und Jugendlichen weg. Hier trifft es häufig benachteiligte junge Menschen, die zuhause wenig Ansprache erhalten und die auf konstante Beziehungen außerhalb ihres Elternhauses angewiesen sind. Wem wenden sich diese jungen Menschen zukünftig zu? In welche Richtung entwickeln sie sich, wenn sie das Gefühl haben, in unserer Gesellschaft nicht relevant zu sein?

Werden Angebote der Jugendarbeit weggespart, dann wird es zukünftig (noch) schwerer freie Stellen in diesem Handlungsfeld wiederzubesetzen. Auch Fachkräfte benötigen Sicherheit und werden sich anderen Handlungsfeldern zuwenden, die weniger stark von Einsparungen betroffen sind. Es wird dadurch zukünftig noch schwerer werden vakante Stellen zu besetzen und den jungen Menschen ein stabiles Beziehungsangebot zu unterbreiten.

Die niedrighschwelligen Angebote der OKJA machen Demokratie (er-)lebbar!

In Zeiten einer sich ausbreitenden Destabilisierung der Demokratie auf der einen Seite und einer erstarkten Rechten auf der anderen Seite erscheint es schon fast grotesk ausgerechnet an dem Format der nonformalen Bildung zu sparen, in denen alltäglich niederschwellige Angebote der Demokratiebildung stattfinden. Der 16. Kinder und Jugendbericht der Bundesregierung hat OKJA als einen relevanten Raum für Politische Bildung ausgewiesen. Verwiesen wurde zudem darauf, dass die OKJA neue Wege der Kooperation für die politische Bildung eingehen solle (vgl. 16. KJB, S. 385ff). Dieser Aufforderung kommt die OKJA nach! Es wurden zahlreiche Kooperationen im Sozialraum geschlossen. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit engagiert sich in Kooperation mit der Wissenschaft neue Erkenntnisse für die alltagsbezogene politische Bildung zu gewinnen und diese umzusetzen. Im Rahmen eines Projekts wurden beispielsweise Wege der demokratisch legitimierten politischen Einmischung eingeschlagen und mancherorts wurden diese nach Projektende weitergeführt. (vgl. LAG Katholische OKJA NRW e.V.:

Action Research. Die sozialräumliche Erforschung von Politik und dem Politischen von und mit Kindern und Jugendlichen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit)

Exemplarisch sei hier auf ein mobiles Angebot in Köln verwiesen, dem es gelungen ist mit geringen Mitteln und einem zeitlich begrenzten Angebot die benachteiligten Kinder und Jugendlichen zu ermächtigen sich ihrer politischen Stimme bewusst zu werden und sich demokratisch zu beteiligen.

- Sei es durch die Teilnahme am Veedelszoch 2021, durch die die Jugendlichen ihre politischen Themen im Rahmen des Karnevals platzieren konnten ein hohes Maß an Selbstwirksamkeit erlangt haben.
- Sei es durch die eigens installierten Jugendfeste 2023 und 2024, die mit den jungen Menschen veranstaltet wurden und auch als Abstimmungsmöglichkeiten für zukünftige Inhalte dienten.
- Sei es durch die neu entstandenen Kooperationen mit dem Bürgerverein und der Streetwork vor Ort, der Stadtteilkonferenz und dem Elternbildungswerk.

- Sei es durch die aktive Mitwirkung am Projekt „Action Research. Die sozialräumliche Erforschung von Politik und dem Politischen von und mit Kindern und Jugendlichen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.“ der LAG Katholische OKJA NRW e.V.
- Sei es durch das Engagement im Netzwerk des Forschungsprojekts der TH Köln „Momente. Politische Bildung und Offene Kinder- und Jugendarbeit“
- Sei es durch die konsequente Anwendung der GEBE-Methode durch die Fachkraft vor Ort.

Die erfolgreiche Arbeit dieses Angebots wird nach dem Haushaltsentwurf der Kinderfreundlichen Kommune Köln 2025 nicht mehr weitergeführt. Es wird eines von vielen guten Angeboten für Kinder und Jugendliche sein, dass innerhalb eines Monats weggespart wird!

Fazit

Die aktuellen Entwicklungen, insbesondere die unsichere Haushaltslage in den Kommunen und auf Bundesebene bedeuten eine weitere Schwächung der Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit!

Das Wegsparen der Angebote fördert antidemokratische Entwicklungen und nimmt jungen Menschen wichtige Erfahrungs-, Entwicklungs-, Bildung- und Schutzräume. Diese fehlenden Räume wirken sich langfristig nachteilig auf die gesamte Gesellschaft aus. Dies muss durch umgehende Klarheit und Transparenz zur Haushaltsgestaltung für 2025 und darüber hinaus verhindert werden!

Gleichzeitig erwarten wir mit freien Trägern zu kooperieren und gemeinsam Strategien für das gelingende Aufwachsen von jungen Menschen zu entwickeln, anstatt sie vor vollendete Tatsachen zu stellen, die das Subsidiaritätsprinzip außer Acht lassen.

Köln, den 11.12.2024